

Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik

Schaub, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schaub, J. (2012). Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie? Die realistische Kritik. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 3(1), 8-24. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-61842-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie?

Die realistische Kritik

*Jörg Schaub**

Schlüsselwörter: ideale Theorie, angewandte Ethik, politischer Moralismus, politischer Realismus, Kritik, Raymond Geuss, Bernard Williams

Abstract: Raymond Geuss und Bernard Williams lehnen die gegenwärtig dominanten politiktheoretischen Ansätze mit der Begründung ab, diese würden Politische Theorie als angewandte Moralphilosophie betreiben. Der vorliegende Aufsatz rekonstruiert zunächst den genauen Gehalt dieses Einwands und erläutert die Gründe, aus denen diese Autoren die in der zeitgenössischen politischen Theorie weithin geteilte Annahme zurückweisen, nach der jede ernst zu nehmende Beschäftigung mit dem Phänomen ‚Politik‘ auf einer normativen oder idealen Theorie der Gerechtigkeit aufbauen müsse. Anschließend werden einige Stärken und Schwächen der ‚realistischen‘ Alternativen herausgearbeitet, die Geuss und Williams gegen die von ihnen als ‚moralistisch‘ bezeichneten Formen politischer Theorie in Stellung bringen. Auf dieser Grundlage wird zuletzt für die weitere Ausarbeitung einer politiktheoretischen Herangehensweise plädiert, die zugleich realistisch, kontextualistisch, kritisch, aktivistisch und negativistisch ist.

Abstract: Raymond Geuss and Bernard Williams reject mainstream approaches to politics on the grounds that they conceive of political theory as applied moral philosophy. This paper provides a reconstruction of what this objection amounts to, and outlines the reasons these authors have for dismissing an assumption that is widely shared among contemporary political theorists, namely, that any theoretical approach to politics that deserves to be taken seriously has to be based on a purely normative or ideal theory of justice. The paper then outlines some strengths and weaknesses of the alternative ‚realist‘ approaches that Geuss and Williams put forward against ‚moralistic‘ ways of doing political philosophy. On the basis of this discussion, a case is made for working out an approach to political theory that is at the same time realist, contextualist, critical, activist and negativist.

Einleitung

In den gegenwärtig geführten methodologischen Debatten wächst das Bewusstsein dafür, dass sich John Rawls' (vgl. 1975; 1998; 2002) Bedeutung für die Politische Theorie nicht darin erschöpft, eine überzeugende Konzeption politischer Gerechtigkeit ausgearbeitet zu haben. Ebenso tiefgreifend scheint sein Einfluss auf die Art und Weise, in der die meisten von uns Politische Theorie betreiben, nämlich als – oftmals kantisch inspirierte – normative Theorie (der Gerechtigkeit). Als charakteristisch für die postrawlsianische politische

* Dr. Jörg Schaub, Goethe-Universität Frankfurt
Kontakt: J.Schaub@em.uni-frankfurt.de

Theorie kann dabei die Annahme gelten, dass jede ernst zu nehmende Beschäftigung mit dem Phänomen ‚Politik‘ auf einer idealen Theorie (der Gerechtigkeit) aufbauen müsse. Dieser spezifische methodologische Zugriff ist nun in jüngster Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen und verschiedenen Richtungen in Frage gestellt worden (vgl. Schaub 2010; Simmons 2010: 5 f.). In meinem Beitrag werde ich mich mit den von Raymond Geuss (2008) und Bernard Williams (2005a) vorgeschlagenen Varianten einer sich als ‚realistisch‘ gerierenden Kritik an dieser idealtheoretischen Herangehensweise befassen. Geuss und Williams zufolge besteht ein grundlegender Fehler derartiger Ansätze darin, Politische Theorie als angewandte Ethik (Geuss 2008: 1, 6, 9) oder angewandte Moralphilosophie (Williams 2005a: 2; 2005b: 77) zu betreiben. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass es sich bei Geuss’ und Williams’ Realismus um eine neue, schwache Variante desselben handelt, der nicht wie der alte, starke Realismus auf der These basiert, dass Politik ein Spiel ist, in dem es ausschließlich um den Ausbau der eigenen Macht und die Durchsetzung der eigenen Interessen geht (vgl. Bell 2009; Galston 2009). Schwache RealistInnen weisen also nicht kategorisch die Vorstellung zurück, dass Rechtfertigungen und moralische Überzeugungen politisch wirksam werden können, vielmehr wenden sie sich dagegen, Politik allein als Medium der Anwendung beziehungsweise Umsetzung moralischer Ideale und Ziele zu betrachten (vgl. Freyenhagen 2011: 334; Geuss 2010b: 38 f.).

Im ersten, rekonstruktiv angelegten Teil werde ich zunächst erläutern, was Geuss und Williams meinen, wenn sie von Politischer Theorie als angewandter Moralphilosophie sprechen. Anschließend werde ich einige Gründe anführen, die Geuss’ und Williams’ Zurückweisung dieser postrawlsianischen Herangehensweise motiviert haben, und mich dann bemühen, deren unterschiedlich ausgerichteten realistischen Alternativen zu konturieren und zu begutachten. Zuletzt werde ich grob skizzieren, wie eine realistisch-kritische Alternative zu den gängigen idealtheoretischen Ansätzen aussehen könnte.

1. „Politics is applied ethics“

Im Folgenden werde ich die von Geuss und Williams kritisierten Ansätze als ‚ideale Prinzipien-Ethiken‘ (IPE) bezeichnen. Diese verfügen nach Geuss in der Regel über folgende Charakteristika (Geuss 2008: 6–9, 16 f., 59, 99 f.):

(1) IPE sehen ihre Aufgabe darin zu klären, wie Menschen ihr Zusammenleben regeln sollten. Dabei werden verschiedene methodologische Annahmen gemacht: (2) ‚Ethik‘ wird als eine eigenständige Disziplin angesehen, die ihren eigenen Gegenstand und ihre eigenen Argumentationsformen besitzt. (3) IPE legen daher großen Wert darauf, die Unterscheidung zwischen deskriptiven und normativen Aussagen so strikt wie möglich zu treffen. (4) Dies führt zu einer – von RealistInnen beklagten – empirischen Enthaltsamkeit und Abschottung der normativen politischen Theorie von Disziplinen wie der Geschichtswissenschaft, der empirischen Politikwissenschaft, der Soziologie, der Ethnologie, der Psychologie und der (empirischen) Ökonomie. (5) Ferner bemühen sich IPE primär darum, einige wenige, abstrakte, ahistorische, universell gültige, moralische Prinzipien möglichst präzise zu formulieren und zu begründen beziehungsweise auf abstrakte Weise einige Tugendbegriffe (wie zum Beispiel Gerechtigkeit) zu klären (siehe auch Williams 2005a: 1 ff.). Reflexionen auf bestimmte historische Kontexte, in denen diese Prin-

zipien und Begriffe sich herausgebildet und eine bestimmte Rolle gespielt haben, werden dabei vernachlässigt. (6) IPE gehen davon aus, dass eine (kritische) Beurteilung der bestehenden Verhältnisse und die Orientierung politischer AkteurInnen die Klärung der so verstandenen Prinzipien und Tugendbegriffe voraussetzt. (7) Bei der Rechtfertigung derselben spielen die von Mitgliedern bestimmter Gesellschaften weithin geteilten ethischen Intuitionen und wohlüberlegten Urteile eine zentrale Rolle. (8) IPE streben danach, diese Intuitionen und Urteile in ein möglichst kohärentes System zu bringen.¹

Die für IPE charakteristische *Weise der Bezugnahme* auf Politik – und damit die für IPE spezifische Auffassung des Verhältnisses von Moralphilosophie und Politischer Theorie – ist ein Zwei-Schritte-Modell: Die in einem ersten Schritt geklärten und begründeten Prinzipien und Tugendbegriffe werden in einem zweiten Schritt auf die bestehenden Verhältnisse angewendet, wobei eine Auseinandersetzung mit den spezifischen, historischen Verhältnissen erst im Zuge des zweiten Schritts vorgesehen ist. Geuss (2008: 1, 9) spricht diesbezüglich von einem „ethics-first“-Modell, während Williams (2005a: 2) die Bezeichnung „political moralism“ bevorzugt.²

Diese moralischen Prinzipien und Tugendbegriffe auf die Politik ‚anzuwenden‘ bedeutet dabei entweder, (a) dass Politik als Medium der Realisierung derselben aufgefasst wird, oder (b), dass die IPE moralische Normen bestimmen, die legitimem politischen Handeln bestimmte Grenzen setzen (Geuss 2008: 8; Williams 2005a: 1 f.). In beiden Fällen wird der Moral insofern ein Vorrang vor der Politik eingeräumt, als diese in moralischen Begriffen definiert (Geuss 2008: 100) und als eine prinzipiengeleitete Aktivität verstanden wird (ebd.: 15 f., 72, 97 f.; 2010a: 46, 54; vgl. Rawls 1975: § 10). Die der Moral zuerkannte Priorität vor der Politik zeigt sich auch darin, dass vorausgesetzt wird, dass in moralischen Begriffen (Prinzipien et cetera) formulierte Ziele immer alle anderen Erwägungen im politischen Bereich „übertrumpfen“ (Geuss 2008: 8, 39; Williams 2005a: 2).

2. Geuss' kritisch-kontextualistischer Realismus

Zu dieser Weise, Politische Theorie zu betreiben, sucht Geuss in seiner kleinen Monographie *Philosophy and Real Politics* (2008) eine Alternative. Nicht die abstrakte Klärung moralischer Prinzipien und Tugendbegriffe ist nach Geuss die primäre Aufgabe der Politischen Theorie, sondern die kritische Auseinandersetzung mit konkreten Handlungskontexten und in diesen vollzogenen Handlungen. Denn unter Politik versteht Geuss Weisen des Handelns, die in konkreten Kontexten auf die Strukturierung der Handlungen anderer abzielen (Geuss 2008: 1, 11, 21–23, 26). Gemäß dieser Sichtweise lassen sich politische Handlungen weder verstehen noch *bewerten*, wenn man von den spezifischen historischen Umständen, in denen sie vollzogen werden, absieht. Geuss zieht hieraus die Konsequenz, dass politisches Theoretisieren von einer Analyse der tatsächlichen Bedingungen politischen Handelns *ausgehen* müsse (ebd.: 4, 9, 13–15, 36; vgl. Menke 2010: 447).

Zu diesen Bedingungen zählt Geuss die tatsächlich bestehenden Machtbeziehungen (2008: 25–27) und die vorherrschenden Legitimationsmechanismen (ebd.: 34–36) ebenso wie die Pluralität endlicher AkteurInnen, die, eingebunden in soziale Strukturen, situativ

1 Vgl. diesbezüglich etwa Rawls' Methode des Überlegungsgleichgewichts (Rawls 2003: § 10).

2 Siehe hierzu auch die Debatte über das Verhältnis von idealer und nichtidealer Theorie (vgl. Schaub 2010).

eine Vielzahl von Anliegen, die sie nicht zugleich verfolgen können, in eine Rangfolge bringen müssen (ebd.: 30–34). Diese Variante des politischen Realismus behandelt die tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns im Unterschied zu IPE also nicht so, als stünden sie „der Normativität des Politischen [...] als ‚empirische‘ Bedingungen äußerlich gegenüber“, vielmehr werden die tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns als konstitutiv für die „Normativität des Politischen“ (Menke 2010: 448; vgl. Galston 2010; Rossi 2010: 504) angesehen. Daher nimmt beim politischen Realismus die Bewertung und Orientierung politischen Handelns die Form einer Reflexion auf diese sich ständig und auf unvorhersehbare Weise ändernden Handlungskontexte an, die bei IPE immer erst in einem zweiten Schritt als spezifische Hindernisse bei der Implementierung idealer Prinzipien und Tugendbegriffe Berücksichtigung finden.

Geuss (2008: 29) sieht dabei im politischen Theoretisieren selbst eine Form des politischen Handelns. Denn die Politische Theorie kann politische AkteurInnen etwa darüber aufklären, dass es Alternativen zu Denkweisen und Problemlösungsstrategien gibt, die in einer bestimmten historischen Situation dominant geworden sind, oder ihnen begriffliche Innovationen – wie zum Beispiel den ‚Staat‘ (ebd.: 43–45; Skinner 1989: 90–131) – nahelegen. Damit nimmt die Politische Theorie nicht nur Einfluss darauf, wie politische AkteurInnen ihre jeweilige Handlungssituation verstehen, sondern eröffnet ihnen hierdurch zuallererst bestimmte Handlungsstrategien. Deswegen hält Geuss es auch für angemessen, nach den tatsächlichen Wirkungen politischen Theoretisierens zu fragen und diese Wirkungen selbst wiederum einer Bewertung zu unterziehen (Geuss 2008: 10; vgl. Freyenhagen/Schaub 2010: 470–476).

2.1 Kritik am Generalismus

Geuss kritisiert vor allem, dass es IPE in erster Linie um die Klärung abstrakter, universalistischer und ahistorischer Prinzipien und Tugendbegriffe geht. Seine Strategie besteht zum einen darin, Zweifel an der Universalität und Neutralität vermeintlich idealer Prinzipien zu wecken, zum anderen möchte er zeigen, wie wenig mit der Formulierung solch abstrakter Prinzipien gewonnen ist.

Geuss beanstandet zunächst die Methoden, von denen IPE zur Generierung idealer Prinzipien Gebrauch machen. Ihm zufolge weisen diese keinen verlässlichen Weg zu gehaltvollen ‚idealen‘ oder ‚rein normativen‘ Prinzipien, da es diesen Methoden an effektiven Schutzmechanismen fehlt, unter Verweis auf die eine Beeinflussung oder Verzerrung der generierten Prinzipien durch den *Status quo* (und seine Vorgeschichte) ausgeschlossen werden kann (Freyenhagen/Schaub 2010: 457–470). Geuss erwähnt diesbezüglich etwa die in seinen Augen problematische Rolle, die hier und heute (vermeintlich) weithin geteilte ethische Intuitionen oder wohlüberlegte Urteile in IPE bei der Klärung und Begründung idealer Prinzipien und Tugendbegriffe spielen (Geuss 2008: 7, 60, 86 f., 90 f., 99 f.).

Ferner kritisiert Geuss, dass die von IPE formulierten Prinzipien so abstrakt seien, dass man von ihnen (allein) ausgehend keine Implikationen für das konkrete politische Handeln ableiten könne – weswegen er sie als politisch-praktisch uninformativ und vergleichsweise uninteressant charakterisiert (ebd.: 13, 46). Ferner betont er, dass solche abstrakten Prinzipien erst durch spezifische Interpretationen und Verwirklichungen in historisch-konkreten Kontexten eine eindeutige Bedeutung erhalten (ebd.: 14). Unter Verweis auf Wittgensteins Ausführungen zum Regelfolgen-Problem argumentiert Geuss

zudem, dass selbst dann, wenn wir über gehaltvolle, invariante Prinzipien verfügen, weiterhin unklar bleibt, wie man darüber befinden kann, ob diese Prinzipien auf konkrete Fälle anzuwenden sind beziehungsweise welches Verhalten als eine Befolgung derselben gelten kann (ebd.: 10; 2010a: 46, 54; vgl. McKeever/Ridge 2008: 1182 f.).

Geuss gibt darüber hinaus zu bedenken, dass IPE nicht erklären können, warum Prinzipien, die unter Abstraktion von den tatsächlichen Bedingungen des politischen Handelns (und zumeist unter Voraussetzung idealisierter, übersichtlicher und günstiger Bedingungen) generiert werden, geeignet sein sollen, diejenigen Aspekte zu identifizieren, die in ganz anders gearteten, konkreten Situationen (besonders) relevant sind. IPE scheitern seines Erachtens folglich daran, Prinzipien als kontext-invariante und universelle auszuweisen, weil sie kein Argument vorbringen, das erklärt, warum Aspekte, die sich in bestimmten Situationen als relevant erwiesen haben, auch in allen anderen möglichen Szenarien im selben Maße und auf dieselbe Weise relevant wären (Geuss 2008: 32, 81, 95, 97).³ Geuss erkennt in invarianten, allgemeinen Prinzipien also nicht die Basis für jedes (politisch-)moralische Urteil, sondern erachtet diese Prinzipien als im besten Fall wenig informativ, im schlimmsten Fall sogar als gefährlich. Denn orientiert man sich beim politischen Handeln an diesen Prinzipien, anstatt von einer Analyse der tatsächlich bestehenden Verhältnisse auszugehen, läuft man immer Gefahr, situationsunangemessen zu agieren (ebd.: 15; 2010b; vgl. Dancy 2009; Menke 2010: 447; Risse 2010).

Geuss' negative Argumentation richtet sich also gegen einen ethischen Generalismus oder Universalismus. Positiv argumentiert er für eine realistisch-kontextualistische Auffassung politischen Handelns, die mit dem Anspruch auftritt, besser als IPE aufgestellt zu sein, politisches Handeln zu verstehen und zu orientieren (Geuss 2008: 14 f.; 93 f., 99). Hinsichtlich des Verhältnisses von Moralphilosophie und Politischer Theorie ist es jedoch wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass diese antigeneralistische Argumentation – ihre Plausibilität einmal vorausgesetzt – noch nicht auf eine generelle Zurückweisung einer auf moralphilosophischer Grundlage operierenden politischen Theorie hinausläuft. Denn es gibt ja durchaus moralphilosophische Positionen, die Geuss' Vorbehalte gegen abstrakte Prinzipien (aus zum Teil identischen Gründen) teilen – so etwa Jonathan Dancy holistischer Partikularismus (vgl. Dancy 2004; 2009; McKeever/Ridge 2008).

Wie Geuss bestreitet Dancy unter dem Stichwort ‚Partikularismus‘ dass moralisches (oder genereller: evaluatives) Denken in der Anwendung von Prinzipien beziehungsweise solche Prinzipien voraussetzt. Zum anderen verteidigt Dancy unter dem Stichwort ‚Holismus‘ wie Geuss die Variabilität moralischer (beziehungsweise evaluativer) Gründe. Dancy zufolge darf man nicht davon ausgehen, dass bestimmte Aspekte in unterschiedlichen Situationen immer gleich zu bewerten sind. Ob sie wichtig sind, wie wichtig und in welcher Hinsicht, ob sie positiv oder negativ ins Gewicht fallen, hängt gemäß dem holistischen Partikularismus vom jeweiligen Kontext ab – das heißt von der Gesamtheit seiner Eigenschaften und der Beziehungen zwischen diesen – und lässt sich folglich nicht in Abstraktion von einer Analyse desselben erörtern (Dancy 2009; McKee-

3 Vgl. diesbezüglich zum Beispiel die überzeugende partikularistische Kritik an W. D. Ross' (2002: 16–64; Dancy 2009) Vorstellung einer „intuitiven Induktion“, die diese argumentative Lücke schließen soll. Rawls (1975: 277, 337, 387) kommt einer Anerkennung dieser Übertragbarkeitslücke in denjenigen Passagen seiner *Theorie* am nächsten, in denen er zugesteht, dass es nicht klar sei, ob beziehungsweise in welcher Weise die Prinzipien der Fairness-Konzeption (inklusive der zwischen diesen Prinzipien bestehenden lexikalischen Ordnung) in Umständen gelten würden, die von den günstigen Bedingungen, die bei ihrer Begründung vorausgesetzt werden, dramatisch abweichen.

ver/Ridge 2008: 1187). Dass ich in einer Situation moralische Gründe habe, mich an die geltenden Gesetze zu halten, heißt nicht, dass es keine Situation geben kann und gegeben hat, in denen es moralisch richtig gewesen wäre, gegen geltendes Recht zu verstoßen, etwa wenn diese Gesetze hochgradig ungerecht sind und man durch ein ungesetzliches Verhalten Opfern dieses Unrechtsregimes helfen beziehungsweise wirksam zu dessen Reformierung beitragen kann. Eine vom holistischen Partikularismus inspirierte politische Theorie würde also ganz im Sinne Geuss' das für IPE charakteristische Zwei-Schritte-Modell ablehnen und darauf bestehen, dass die Orientierung und Bewertung politischen Handelns nicht unabhängig von einer Analyse der Spezifika einer konkreten historischen Situation erfolgen kann, sondern von dieser auszugehen hat (Geuss 2008: 1 f., 6–9, 14 f., 36–42). *Dennoch* würden solche holistisch-partikularistischen Ansätze aber auf einer moralphilosophischen Grundlage operieren und darauf abzielen zu bestimmen, was in einer spezifischen Situation als moralisch richtig(es) beziehungsweise falsch(es Verhalten) gelten muss.⁴

Zum Zwecke einer Klärung der Stoßrichtung des Geuss'schen Realismus und zur Beantwortung der Frage, ob sich Geuss nur gegen den moralphilosophischen Generalismus oder generell dagegen wendet, Politische Theorie auf moralphilosophischer Grundlage zu betreiben, müsste man erläutern, was – wenn überhaupt etwas – Geuss gegen einen partikularistisch-holistischen, aber weiterhin moralphilosophischen Ansatz einzuwenden hätte. Ich werde diese wichtige Frage im übernächsten Absatz wieder aufgreifen.

2.2 Selbstkritik

Deutlich wird aus Geuss' Ausführungen, dass er auch von einem moralphilosophisch-kontextualistisch inspirierten politiktheoretischen Ansatz erwarten würde, dass dieser die Tiefenstruktur der Probleme ernst nimmt, die für das Bestimmen des moralisch Richtigen und Falschen daraus erwachsen, dass nicht nur die Verhältnisse, in denen wir uns vorfinden, sondern auch unser (evaluatives und deskriptives) Vokabular das Produkt kontingenter historischer Prozesse sind (siehe auch Williams 2005a: 13).

Dieser Umstand motiviert Geuss dazu, noch einmal die gängige Unterscheidung zwischen Sein und Sollen zu problematisieren. Er weist dabei die Distinktion selbst keinesfalls rundheraus und generell zurück, sondern begreift auch diese als eine „conceptual innovation“ (Geuss 2008: 16), die man in nahezu allen Kontexten in Anschlag bringen kann. Er bestreitet lediglich, dass es sich hierbei um eine Unterscheidung mit „absolute standing“ (ebd.: 17) handelt, die möglichst rigoros und systematisch zu treffen immer sinnvoll, praktikabel oder nützlich ist, ganz gleich welche (politikbezogene, theoretische) Frage man stellt.

Geuss kritisiert die Selbstcharakterisierungen politischer Theorien, die gehaltvolle Aussagen über politische Verhältnisse treffen, als ‚ideale‘ oder ‚rein normative‘, weil wir – selbst wenn wir *in abstracto* verstehen, was es mit der begrifflichen Unterscheidung zwischen Sein und Sollen auf sich hat – über keine verlässlichen Methoden verfügen, die

4 Der moralische Partikularismus stellt eine durchaus ernst zu nehmende Gegenposition zum moralischen Generalismus dar. Daher machen es sich diejenigen mit Geuss' politischem Realismus zu einfach, die behaupten, man könne niemals einen Beitrag zur moralischen Bewertung und Orientierung politischer Handlungen leisten, wenn man die Vorstellung kontextinvarianter moralischer Prinzipien zurückweise (vgl. Hurka 2009).

uns in die Lage versetzen, das rein Normative vom rein Faktischen zu scheiden. Nach Geuss können wir weder gehaltvolle rein normative Aussagen über Politik treffen noch eine „vollständige und erhellende Beschreibung“ unserer politischen „Institutionen und Praktiken“ geben, ohne auf ein „evaluatives Vokabular mit einer bestimmten Geschichte“ (ebd.: 59; Übersetzung J. S.) zurückzugreifen. Behielte er hiermit recht, würde dies im Umkehrschluss bedeuten, dass Politische Theorie als ideale oder rein normative zu betreiben für uns genau genommen überhaupt keine gangbare Option darstellt. Anstatt Geuss vorzuwerfen, dass er in der Praxis des Theoretisierens nicht strikt zwischen Sein und Sollen unterscheidet (vgl. Hurka 2009), sollten normative politische TheoretikerInnen meines Erachtens in eine Debatte mit ihm darüber eintreten, wie man mit dieser, von ihm herausgearbeiteten Schwierigkeit reflektiert umgehen könnte. Geuss geht es also nicht darum, die Gültigkeit bestimmter, rein normativer Argumente durch genealogisch-historische Überlegungen zu widerlegen, vielmehr bezweifelt er bereits die Annahme, dass es sich bei politischen Argumenten um rein normative handeln könne, wenn diese irgendeinen Gehalt haben.⁵ Denn diese Argumente werden in einem Vokabular und unter Verweis auf soziale Institutionen und Praktiken geführt, die sich in kontingenten historischen Prozessen gebildet und durchgesetzt haben (vgl. Geuss 2008: 68 f.).⁶

Geuss betont daher die Bedeutung dreier Formen der Reflexivität, die es der Politischen Theorie zuallererst ermöglichen, eine gewisse kritische Distanz zu den bestehenden Verhältnissen aufzubauen, in denen sie betrieben wird (ebd.: 48 f.; 2010c: xi): Erstens fordert er eine soziologische Reflexion beziehungsweise eine Analyse der tatsächlich bestehenden Machtverhältnisse, da nur eine solche uns über die Handlungsvermögen konkreter AkteurInnen sowie über die oftmals „undurchsichtige[n] Verquickungen von Macht und Wissens- bzw. Legitimitätsansprüchen“ (Geuss 2010d: 423; 2008: 52–54.) aufklären kann. Zweitens erachtet Geuss eine psychologische Kritik für angebracht, da es keinesfalls als ausgeschlossen gelten kann, dass sich bestimmte Selbstverständnisse, Bedürfnisse, Ängste et cetera, die wir in den bestehenden Verhältnissen ausbilden, in den Vorstellungen niederschlagen, die wir uns davon machen, wie die soziale Welt ist oder sein sollte (ebd.: 424 f.). Zuletzt bedarf es nach Geuss einer historischen Reflexion in Form einer genealogischen Kritik, die uns über die kontingenten und oftmals gewaltsamen Prozesse aufklärt, durch die sich die gegenwärtigen Verhältnisse und dominanten deskriptiv-evaluativen Vokabularien herausgebildet (und gegen andere durchgesetzt) haben (ebd.: 426 f.).

Welche methodologischen Vorsichtsmaßnahmen IPE ergreifen wollen, um *von Anfang an* eine gewisse kritische Distanz gegenüber den hegemonialen Formen des politischen Denkens und Handelns zu etablieren, bleibt gemäß Geuss unklar (vgl. Freyenhagen/Schaub 2010). Ihm zufolge kann sich die Politische Theorie mehr oder weniger reflektiert und kritisch gegenüber den bestehenden Verhältnissen verhalten, sie kann der Beeinflussung durch diese aber niemals ganz entkommen (Geuss 2008: 15; 2010b: 42). Für das Selbstverständnis einer (normativen) politischen Theorie bedeutet dies, dass sie ihre Interventionen nicht als unparteiliche oder neutrale auffassen sollte (vgl. ebd.: 29).

5 Ich denke diesbezüglich an gehaltvolle, normativ-politische Aussagen wie die folgende: „Auch die Arbeitswelt sollte demokratisiert werden“ (vgl. Tully 2008: 54 ff.).

6 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Jürgen Sirsch in diesem Heft, der diese Pointe der Geuss'schen Überlegungen meines Erachtens nicht hinreichend ernst nimmt. Zumindest geht seine Kritik an Geuss von folgender Prämisse aus, die ihm Geuss nicht einfach zugestehen würde: nämlich die (Zugänglichkeit der) Unterscheidung zwischen ‚ethischen‘ und empirischen Konstruktionsannahmen.

2.3 Politische Theorie ohne Moralphilosophie?

An dieser Stelle kann nun die oben aufgeworfene Frage, wie radikal Geuss' Kritik an der auf moralphilosophischer Grundlage betriebenen politischen Theorie ausfällt, wieder aufgegriffen und wie folgt spezifiziert werden: Was, wenn überhaupt etwas, hätte Geuss an einer sich moralphilosophisch verstehenden, holistisch-partikularistischen politischen Theorie auszusetzen, solange sie kritisch ist, das heißt, sich offen zeigt für alle Maßnahmen, die sie psychologisch, soziologisch und historisch reflektierter machen?

In *Philosophy and Real Politics* gibt Geuss keine eindeutige Antwort auf diese Frage. Daher werde ich selbst zwei naheliegende Antworten vorschlagen, die Geuss auf diese Frage geben könnte. Geuss könnte erstens replizieren, dass an einem auf moralphilosophischer Grundlage operierenden, holistisch-partikularistischen Ansatz überhaupt nichts problematisch sei, da dieser ja seine Vorbehalte gegen abstrakte, kontextinvariante Gründe und Prinzipien teile. Diese Antwort besäße allerdings zwei Implikationen: Sie würde zum einen klarstellen, dass Geuss in seiner Monographie überhaupt nicht behauptet, es sei *generell* problematisch, Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben. Sein Buch müsste dann als eine Kritik an der *spezifischen Weise* gelesen werden, auf die politischen Theorien von IPE eine moralphilosophische Grundlage geben wird. Die zweite Implikation dieser Antwort bestünde darin, dass sie in einem *Spannungsverhältnis* steht zu Überzeugungen, die für den politischen Realismus als konstitutiv gelten. Denn auch eine politische Theorie, die von einer holistisch-partikularistischen Moralphilosophie inspiriert ist, würde es als ihre primäre Aufgabe ansehen, diejenigen politischen Handlungen zu bestimmen, die in einem spezifischen Kontext moralisch richtig wären (dies würde lediglich ohne Rekurs auf universalistische Prinzipien geschehen). Auf dieser Grundlage würde ein solcher holistisch-partikularistischer Ansatz dann fordern, jeweils das in einer konkreten Situation moralisch Richtige zu tun. Um konsistent zu sein, müsste ein politischer Realismus auch diese für einen holistisch-partikularistischen, politiktheoretischen Ansatz charakteristische Bezugnahme auf Politik als „angewandte Ethik“ (ebd.: 8) oder „politischer Moralismus“ (Williams 2005a: 2) kritisieren. Denn auch eine solche Herangehensweise begriffe Politik ausschließlich als Medium der Realisierung moralischer Ziele. Und weiterhin würden Zielen, die in moralischen Begriffen formuliert werden, ein Vorrang im politischen Bereich vor allen anderen Erwägungen eingeräumt. Kurz: Auch eine solche holistisch-partikularistische politische Theorie würde Politik mit Rückgriff auf moralische Begriffe definieren (Geuss 2008: 100).

Will Geuss an der für den politischen Realismus charakteristischen Zurückweisung eines ‚moralistischen‘ politiktheoretischen Zugriffs auf das Phänomen ‚Politik‘ festhalten, muss er eine andere Antwort auf die zu Beginn dieses Abschnitts gestellte Frage geben. Geuss könnte dann alternativ argumentieren, dass auch eine sich moralphilosophisch verstehende, holistisch-partikularistische politische Theorie problematisch sei, weil es *generell* problematisch sei, Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben (und Politik in moralischen Begriffen zu definieren). Doch auch mit dieser zweiten Antwort gibt es eine Schwierigkeit: Die von Geuss in *Philosophy and Real Politics* verfolgte Argumentationsstrategie ist kaum geeignet, die These zu untermauern, dass Politische Theorie auf einer moralphilosophischen Basis zu betreiben *generell problematisch* ist. Wie ich gezeigt habe, richten sich die von Geuss vorgebrachten Einwände ausschließlich gegen universalistische Prinzipien-Ethiken. Diese Einwände werden aber auch von holistisch-partikularistischen, moralphilosophischen Ansätzen geteilt und sind daher nicht

in der Lage zu erklären, warum es grundsätzlich problematisch ist, einem politiktheoretischen Ansatz eine moralphilosophische Grundlage zu geben.

Wenn Geuss also tatsächlich zu dieser zweiten Antwort neigt, dann führen die von ihm vorgebrachten spezifischen, auf IPE zugeschnittenen Einwände seine LeserInnen in die Irre, da diese Einwände ihre Aufmerksamkeit auf die falsche Ebene lenken: Denn diese Argumente erwecken den Eindruck, dass es Geuss darum gehe, *eine spezifische Weise* (für die Rawls und Nozick exemplarisch eintreten) zurückzuweisen, dem politischen Denken und Handeln *moralphilosophische* Grundlagen zu geben, obwohl sein Anliegen gemäß der zweiten Antwort ja darin bestünde, *überhaupt* die Vorstellung zu diskreditieren, es bedürfe und gebe solche philosophisch-moralischen Grundlagen. Geht es Geuss um diesen generellen Punkt, reicht es jedoch nicht aus, IPE dafür zu kritisieren, dass sie das, was sie anstreben, *auf die Weise, in der sie es anstreben*, nicht erreichen können; denn der Hauptfehler der IPE wäre ja derselbe wie der jeder anderen Variante politischer Theorie, die darauf abzielt, der Politik ein moralphilosophisches Fundament zu geben, sowie annimmt, die Politische Theorie benötige ein solches Fundament, und davon ausgeht, die Philosophie könne ein solches bereitstellen.

Vorbehalte gegen diese Position äußert Geuss in *Philosophy and Real Politics* etwa in seinen Ausführungen, mit denen er seine Auseinandersetzung mit Nozick abschließt: „It is not that there is some *other* foundation for all thinking or even all ‚normative‘ thinking about human society, namely, some foundation that does not appeal to ‚subjective rights.‘ Rather, why assume that one can begin to think at all systematically and to any effect without being critical about the assumption that politics needs foundations of this kind? Being appropriately critical about this requires that one be historically informed.“ (ebd.: 69 f.)

Warum genau Geuss die (mit Begriffen wie ‚Vernunft‘, ‚Universalismus‘, ‚das Gute an sich‘, ‚absolut richtig‘ et cetera verknüpften) Bestrebungen als verfehlt ansieht, der Politik eine moralphilosophische Grundlage zu geben, führt er in seiner schmalen Monographie nicht aus. Vor dem Hintergrund seiner vielfachen Verweise auf Geschichtlichkeit und Kontingenz, seiner positiven Bezugnahme auf Nietzsche und Foucault sowie seiner Versuche, aus dem *moralphilosophischen Diskurs* wieder hervorzutreten (vgl. Geuss 2005: 1–10, 40–66), liegt es nahe, dass für ihn dieser Diskurs selbst ein historisch kontingentes Phänomen darstellt, das wieder als ein solches kenntlich zu machen ist. Auf diese Weise könnte Geuss die von den Hauptströmungen normativer politischer Theorie als notwendig angesehene Verbindung zwischen Politik und Moralphilosophie kappen und als eine kontingente charakterisieren. Hierdurch wäre dann wieder Raum geschaffen für ein Denken der Politik, das die Politik weder in moralischen Begriffen definiert noch moralische Anliegen prinzipiell als alle anderen ‚übertrumpfend‘ begreift.

Geuss bleibt uns, wenn er zu dieser zweiten Antwort neigt, allerdings eine Erklärung schuldig, nämlich wie eine politische Theorie, die ohne moralphilosophische Grundlagen betrieben wird, überhaupt *kritisch* sein kann. Geuss macht es sich zu einfach, wenn er diesbezüglich einfach bekundet, dass er folgende zwei Befürchtungen für unbegründet hält: Gemäß der ersten würden wir (notwendigerweise) einem Relativismus verfallen – und damit alle Orientierung und unsere Befähigung zum (gemeinsamen) evaluativen Überlegen verlieren –, wenn wir das Projekt einer starken moralphilosophischen Begründung der Politik aufgäben (ebd.: 4). Der zweiten Befürchtung zufolge verlören evaluative Begriffe und Urteile unter diesen Vorzeichen ihre motivationale Kraft (Geuss 2008: 39, 100). Dieser Sichtweise widerspricht Geuss, da für ihn – hierin folgt er Nietzsche – das

Bewerten fest zum Gewebe des menschlichen Lebens gehört. Daher könnten wir, so Geuss, auch nach der Entkopplung unseres politischen Denkens von der Moralphilosophie aus dem reichen Schatz an evaluativen Begriffen schöpfen (von denen wir einige gegenwärtig als ‚moralische‘ deklarieren und privilegieren), wenn wir miteinander über die Vor- und Nachteile bestimmter Handlungsweisen in konkreten Situationen diskutieren. Wir würden lediglich die Vorstellung aufgeben, die Verwendung dieser evaluativen Begriffe bedürfte einer moralphilosophischen Autorisierung.

3. Williams' realistische Legitimitätskonzeption

Bernard Williams (2005a: 1 ff.) teilt Geuss' Vorbehalte gegen eine als angewandte Moralphilosophie betriebene politische Theorie. Im Unterschied zu Geuss, dem eine kritische und kontextualistische Theorie des politischen Handelns vorschwebt, geht es Williams vor allem darum, mithilfe einer Analyse der grundlegenden Eigenschaften des politischen Verhältnisses und der grundlegenden Zwecke politischer Praxis eine *der Politik immanente* und für Politik *konstitutive* Konzeption von Legitimität zu entwickeln (ebd.: 1–3, 8; vgl. Galston 2010: 387 f.). Hierdurch grenzt er sich von den von ihm als „moralistisch“ (Williams 2005a: 2) bezeichneten Ansätzen ab, die Legitimität als einen moralischen Standard auffassen, der gewissermaßen von außen an die Politik herangetragen und auf sie angewendet wird.

Wie Geuss beruft sich auch Williams auf Hobbes (ebd.: 3; Geuss 2008: 21–23), da dieser seiner Meinung nach richtig gesehen hat, dass die erste praktische Aufgabe der Politik in der Aufrechterhaltung eines hinreichenden Maßes an Ordnung besteht (Williams 2005a: 3; 2005c: 62). Denn nur wenn diese Aufgabe erfüllt ist, wird Politik als eine Form des Handelns, das auf die Koordinierung des Handelns anderer abzielt, überhaupt möglich. Diese Aufgabe wird dabei als eine permanente und keinesfalls einfach zu erfüllende Aufgabe begriffen, die unter den sich ständig und auf unvorhersehbare Weise verändernden Umständen immer neue Anstrengungen verlangt (2005a: 3; Galston 2010: 390; Geuss 2008: 21 f.).

Williams und Geuss kritisieren daher idealtheoretische Ansätze dafür, dass diese einfach voraussetzen, dass es sich bei Gerechtigkeit um die *erste* Tugend politischer *Ordnungen* und das primäre Anliegen jeder Politik handelt (vgl. Rawls 1975: 19; hierzu kritisch Geuss 2008: 70; Williams 2005a: 2). Dabei ist gemäß Williams ein moralischer Begriff der Gerechtigkeit im Gegensatz zu seinem eigenen politischen Begriff der Legitimation der Politik nicht immanent (vgl. Freyenhagen 2011: 335).

Williams knüpft noch in einer weiteren Hinsicht an Hobbes an, da er in der modernen Idee des Staats den Ankerpunkt für seine politische Legitimitätskonzeption findet. Erst diese moderne, begriffliche und historisch wirkmächtige Innovation hat es ermöglicht, politische Autorität als eine autonome zu denken – wobei diese Innovation wiederum als Teil einer Problembestimmungs- und Problemlösungsstrategie angesehen wird, die auf eine spezifische, für moderne Gesellschaften charakteristische Konstellation zugeschnitten ist (vgl. Geuss 2008: 42–50; Skinner 1989: 90–131).

Zwischen Mitgliedern moderner Gesellschaften bestehen nämlich in der Regel nicht nur Uneinigkeiten über religiöse und moralische Fragen, sondern auch Interessengegensätze. Vor dem Hintergrund dieser Uneinigkeiten und der Erfahrungen mit Glaubens- und Bürgerkriegen sind theoretische Anstrengungen unternommen worden, die politische Au-

torität als eine über den religiösen, moralischen und interessenbezogenen Parteien stehende zu konzeptualisieren. Eine solche politische Autorität sollte in der Lage sein, die Konflikte zwischen diesen Parteien, sofern sie Ordnung, Sicherheit und Kooperation gefährden, auf eine für alle verbindliche Weise zu entscheiden. Ihre normative Kraft erhält eine politische Autorität dieser Sichtweise zufolge daraus, dass sie tatsächlich einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der sozialen Kooperation unter spezifischen historischen Bedingungen leistet. Die Anerkennung einer politischen Autorität impliziert dabei, dass man dieser, wenn es um grundlegende politische Fragen geht, einen Vorrang vor anderen Autoritäten (etwa moralischen oder religiösen) einräumt (Rossi 2010: 507).

Wenn man wie Williams in der Autonomie und dem Vorrang der Politik (beziehungsweise der politischen Autorität) die Voraussetzungen dafür erkennt, dass Politik ihre primäre praktische Aufgabe unter modernen Bedingungen zu erfüllen vermag, dann muss einerseits das Projekt der Remoralisierung der Politik als ein geschichtlich unaufgeklärtes und potentiell gefährliches gelten, zum anderen erscheint die Geringschätzung, die ‚moralistische‘ politische TheoretikerInnen für einen ‚bloßen‘ *modus vivendi* übrighaben, völlig deplatziert (vgl. Rawls 1998: 234 f; hierzu kritisch Williams 2005a: 2).

3.1 Der invariante Kern einer politikimmanenten Konzeption der Legitimität

Die Herausforderung, mit der sich Williams konfrontiert sieht, besteht darin, Legitimitätsansprüche als dem politischen Verhältnis inhärent auszuweisen. Wenn man, wie Williams, Politik in erster Linie als eine Praxis betrachtet, deren primärer Zweck in der Aufrechterhaltung der Ordnung, der Sicherheit sowie der Bedingungen der Kooperation besteht (Williams 2005a: 3), liegt es nahe, auf der Suche nach einer politikimmanenten Legitimitätsauffassung auf eben diese Ziele zu rekurrieren, die durch die Etablierung einer politischen Autorität erreicht werden sollen. Folgerichtig betrachtet Williams das Vermögen einer politischen Autorität, *tatsächlich* (hinreichend gut) funktionierende Lösungen für diese primären politischen Herausforderungen zu geben, als eine (notwendige) Voraussetzung ihrer Legitimität. Zu diesen primären, praktisch-politischen Zielen gelangt Williams dabei auf einem minimalistischen Weg, der ohne Rekurs auf eine ideale Theorie der Gerechtigkeit oder eine moralphilosophische Rechtfertigung auskommt. Williams (2005: 63, 74) baut darauf, dass unter Menschen weithin Einigkeit darüber besteht, dass einige grundlegende Übel nach Möglichkeit zu vermeiden sind. Zu diesen Übeln zählt Williams (2005a: 4) physischen Zwang, Folter, Erniedrigung, Leid und Tod. Da für ihn die politische Rolle der Menschenrechte darin besteht, derartige Verletzungen als inakzeptabel auszuzeichnen, kann er sagen, dass unsere „most basic conceptions of human rights“ verknüpft sind „with our ideas of what it is for the supposed solution, political power, to become part of the problem“ (2005c: 63; vgl. Galston 2010: 390).

Von Hobbes weicht Williams insofern ab, als Williams nicht bereits in der erfolgreichen Etablierung von Ordnung eine hinreichende Bedingung für Legitimität erkennt. Denn Ordnung kann in einem Staat durch ganz verschiedene Weisen aufrechterhalten werden, etwa dadurch, dass man Untertanen terrorisiert und in Angst und Schrecken hält. Nur wenn die Herstellung der Ordnung mit dem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen sowie der Erhaltung der Voraussetzungen der Kooperation einhergeht, sind nach Williams die invarianten und notwendigen Bedingungen einer politischen Konzeption der Legiti-

mität erfüllt. Zu diesem Kern notwendiger – nicht unbedingt hinreichender – Voraussetzungen für die Erfüllung des von ihm so genannten „Basic Legitimation Demand (BLD)“ (Williams 2005a: 4; vgl. 4–9) gehört jedoch noch ein weiterer Aspekt: „the state has to offer a justification of its power to *each subject*“ (ebd.: 4; vgl. 5 f.).

Williams untermauert diese Behauptung durch eine Begriffsanalyse, die zeigen soll, dass die Abgrenzung eines politischen Zustandes von einem Kriegszustand – in dem sich verschiedene Gruppen terrorisieren und der durch die Etablierung einer politischen Autorität ja zuallererst überwunden werden soll – nur gelingt, wenn man auf die Rechtfertigungsansprüche von Untertanen rekurriert (ebd.: 5; 2005c: 63). Eine politische Autorität unterscheidet sich nämlich von einer Kriegspartei in einem entscheidenden Punkt: Eine politische Autorität erhebt den Anspruch, dass es falsch wäre, wenn diejenigen, über die sie politische Macht ausübt, sich dieser Macht widersetzen. Damit gesteht die politische Autorität allen Untertanen aber zu, eine Rechtfertigung für Machtausübungen zu verlangen. Dabei wird angenommen, dass eine politische Autorität ihre Ausübungen der Macht gegenüber den Untertanen nur zu rechtfertigen vermag, wenn die politische Autorität auf überzeugende Weise darlegt, dass sie ihre Untertanen effektiv vor den oben genannten basalen Übeln beschützt.

Wenn es für ein politisches Verhältnis aber konstitutiv ist, dass denjenigen, über die politische Macht ausgeübt wird, ein Anspruch auf Rechtfertigung eingeräumt wird, wird verständlich, warum Williams diejenigen für begrifflich verwirrt erachtet, die Politik mit der (erfolgreichen) Ausübung von Zwangsmacht gleichsetzen. Denn nach Williams gilt: „might does not imply right“ (Williams 2005a: 5; 2005c: 69, 74; vgl. Rossi 2010: 509). Zum invarianten und universalistischen Kern des BLD gehört demnach nicht nur, dass alle Untertanen vor basalen Menschenrechtsverletzungen zu schützen sind, sondern auch, dass sie gegenüber der politischen Autorität einen Anspruch auf Rechtfertigung besitzen.

3.2 Zur Vorrangigkeit der Politik

Angeichts des Umstands, dass Williams seinen Realismus als eine Alternative zu gängigen liberalen Auffassungen präsentiert, überrascht es, dass die Affirmation der Menschenrechte und des Anspruchs auf Rechtfertigung zum invarianten Kern des BLD und damit zu einer politisch-realistischen Legitimitätsauffassung gehören. Denn beide Elemente können geradezu als typisch für liberal-moralische Legitimitätsauffassungen gelten.⁷ Wodurch hebt sich Williams' Ansatz also von diesen Herangehensweisen ab? Und wieso sollte man den BLD nicht als ein *moralisches* Prinzip der Legitimität auffassen?

Zunächst einmal ist diesbezüglich festzustellen, dass Williams' Zurückweisung der These, dass es sich beim BLD selbst um ein moralisches Prinzip handelt, angesichts seiner Abgrenzungsbedürfnisse von moralistischen Ansätzen überraschend schwach ausfällt. Letztlich schließt Williams nicht einmal aus, dass wir es beim BLD mit einem moralischen Prinzip zu tun haben. Er führt diesbezüglich lediglich aus, dass wenn der BLD selbst ein „moral principle“ sei, dann handle es sich nicht um „a morality which is prior to politics“ (Williams 2005a: 5). Doch was genau behauptet man, wenn man von einem mo-

⁷ Betrachtet man allein den invarianten Gehalt des BLD, gibt es eine Verwandtschaft zu der von Rawls in *Das Recht der Völker* (2002) vertretenen Position (vgl. Williams 2005a: 13 f.). Und das „Recht auf Rechtfertigung“ bildet bekanntermaßen den Grundbegriff der kantisch geprägten politischen Philosophie Rainer Forsts (2007).

ralischen Prinzip sagt, es gehe der Politik nicht voraus? Mit Recht könnte sich etwa der von Williams attackierte Rawls gegen den Vorwurf verwehren, er würde moralphilosophische Prinzipien einfach auf politische Verhältnisse anwenden. Denn die von Rawls in Anschlag gebrachten Prinzipien der Gerechtigkeit und Legitimität sind auf die gesellschaftliche Grundstruktur zugeschnitten und reflektieren, dass „politische Macht natürlich stets Zwangsmacht“ (Rawls 2003: 279, vgl. 278; Freyenhagen/Schaub 2010: 459 f.) ist. In diesem Sinne gehen Rawls' Prinzipien dem politischen Verhältnis also nicht voraus.

Wenn sich Williams' politisch-realistische Legitimitätsauffassung von der moralisch-liberalen aber nicht dadurch abhebt, dass allein sie spezifische „Merkmale des politischen Verhältnisses, das sich von anderen Verhältnissen durchaus unterscheidet“ (Rawls 2003: 278), berücksichtigt, bleibt als Differenzierungskriterium nur folgender Aspekt: Die Erfüllung (der notwendigen Elemente) des BLD soll *konstitutiv* dafür sein, dass es sich bei einem Verhältnis um ein politisches handelt (Williams 2005a: 5, 8). Rawls beschränkt sich demgegenüber von Anfang an auf liberal-demokratische Verhältnisse und damit auf eine spezifische Form, die das politische Verhältnis annehmen kann (aber nicht muss), weil er nur eine solche politische Ordnung für *moralisch* legitim erachtet, in der die politische Autorität als „die Macht des Kollektivs gleicher Bürger“ (Rawls 2003: 279) aufgefasst wird.

Analog könnte Williams hinsichtlich des Rechtfertigungsanspruchs klarstellen, dass die Differenz zwischen seinem realistischen und den von ihm kritisierten liberal-moralischen Ansätzen darin besteht, dass zuletzt genannte Herangehensweisen politische Rechtfertigung immer als *moralische* Rechtfertigung konzeptualisieren (vgl. Forst 2007). Demgegenüber verlangt der politische Realismus zunächst einmal nur, dass eine politische Autorität denjenigen, über die sie Macht ausübt und von denen sie verlangt, diese Machtausübungen zu akzeptieren, Gründe schuldet (vgl. Freyenhagen 2011: 12–15). Denn einer Gruppe von Menschen, die radikal benachteiligt wird, weil ihre basalen Menschenrechte missachtet werden, gilt: „Well, there is nothing to be said to this group to explain why they shouldn't revolt.“ (Williams 2005a: 5)

Williams bestreitet weder, dass es Umstände geben kann, in denen sich der BLD nur durch eine liberal-demokratische Gesellschaftsordnung erfüllen lässt, noch, dass diese Umstände in vielen, vorwiegend westlichen Gesellschaften gegeben sind (ebd.: 4, 7 f.). Deswegen ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es sich beim invarianten Kern des BLD um die notwendigen Bedingungen der Legitimität handelt, die in allen historischen Kontexten dieselben sind. Welche hinreichenden Bedingungen für Legitimität gegebenenfalls noch zusätzlich zu diesen notwendigen Bedingungen zu erfüllen sind, lässt sich nach Williams nur unter Bezugnahme auf die spezifischen historisch-kulturellen Kontexte beantworten.

Leider wird aus Williams' Ausführungen, wie auch Sangiovanni (vgl. 2009: 232 f.) kritisch anmerkt, nicht deutlich, wie genau man von einer Auseinandersetzung mit einem historisch-kulturellen Kontext zu einer Bestimmung der für diesen Kontext hinreichenden Voraussetzungen der Legitimität gelangen soll. Williams stellt lediglich klar, dass immer dann, wenn bestimmte Legitimationen für Benachteiligungen in einem solchen Kontext einmal als unhaltbar erkannt worden sind, die diesen Legitimationen korrespondierenden diskriminierenden Praktiken als illegitime Akte staatlicher Gewalt aufzufassen sind, da durch diese der Anspruch der Benachteiligten auf Rechtfertigung missachtet wird (vgl. Williams 2005: 5). Deutlich wird darüber hinaus, dass Williams solche historisch-soziologisch-kognitiven Prozesse, in denen sich bestimmte Rechtfertigungen für Benachteil-

gungen als unhaltbar herausstellen, im Unterschied zu moralistischen Ansätzen negativistisch auffasst. Auch durch diese Prozesse gelangen wir seiner Auffassung zufolge nicht zu Grundlagen – zum Beispiel zu einer moralischen Konzeption der freien und gleichen Person (ebd.) –, auf denen wir dann eine moralisch-politische Gerechtigkeits- und Legitimitätskonzeption ausarbeiten können.

Aus einer realistischen Perspektive unbefriedigend bleibt damit an Williams' Überlegungen zweierlei: Zunächst wäre hier seine Staatsfixierung zu nennen, da es, wie insbesondere Foucault deutlich gemacht hat, viele Strategien gibt, durch die Menschen das Verhalten anderer Menschen (vermittels Institutionen) regulieren und strukturieren, wobei viele dieser Strategien nicht (direkt) mit der Autorität des Staats verknüpft sind. Doch diese Perspektivenverengung erklärt sich womöglich daraus, dass sich Williams in dem Aufsatz *Realism and Moralism in Political Theory* nur das beschränkte Ziel setzt, eine politisch-realistische Legitimitätskonzeption zu entwickeln – und nicht beansprucht, die Grundzüge einer realistischen politischen Theorie zu entwerfen. Zweitens scheint Williams zu überschätzen, was man begriffsanalytisch mit Blick auf eine Bestimmung dessen, was ‚Politik‘ ist, erreichen kann. Denn wie kontrovers Williams' eigene Analyse ist – der zufolge Politik da anfängt, wo der Krieg aufhört und die Rechtfertigungen einer politischen Autorität anerkannt werden –, zeigt sich schnell, wenn man sie mit der bekannten Position von Carl von Clausewitz konfrontiert, für den der Krieg nichts anderes als die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Ausblick

Die von Geuss und Williams skizzierten realistischen Alternativen zu den gängigen idealtheoretischen Herangehensweisen besitzen Schwächen und Unklarheiten, aber auch Stärken. Meines Erachtens spricht einiges dafür, sich weiter um die Ausarbeitung eines politiktheoretischen Ansatzes zu bemühen, der zugleich realistisch, kritisch und kontextualistisch als auch aktivistisch und negativistisch wäre.⁸ Würde es gelingen, einen solchen Ansatz auf eine kohärente Weise auszuarbeiten, müsste er einen Vergleich mit den gängigen idealtheoretischen Herangehensweisen womöglich nicht scheuen.

Der mir vorschwebende methodologische Zugriff wäre *realistisch* und *kontextualistisch*, da er – wie von Geuss gefordert – von einer Analyse der jeweils bestehenden (lokalen bis globalen) Beziehungen der Macht, der institutionellen Arrangements sowie der Formen der Wissensproduktion und Legitimation *ausgehen* würde. Denn diese prägen und strukturieren das Selbstverständnis sowie die Denk- und Handlungsweisen von Menschen, jedoch ohne sie (vollständig) zu determinieren.

Als *aktivistisch* könnte man diese Herangehensweise bezeichnen, weil sie sich leiten ließe von den Problematisierungen der bestehenden Verhältnisse durch diejenigen, die in diesen ihr Leben führen. Die Politische Theorie würde ihre Bemühungen unterstützen, Aspekte dieser Verhältnisse, die als unterdrückend erfahren werden, zu transformieren, etwa indem sie in einen Dialog mit diesen politischen AkteurInnen eintritt und sie dabei unterstützt, einen Überblick über die bekannten Problematisierungen und Lösungsstrategien zu gewinnen. Darüber hinaus würde ein solcher Ansatz gemeinsam mit den enga-

8 Am weitesten auf diesem Weg fortgeschritten ist James Tully (vgl. 2008: 1–132; 2010: 145–151), auf dessen Arbeiten ich mich im Folgenden stütze.

gierten BürgerInnen danach streben, unsere Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, zum Beispiel indem das Kontingente an den bestehenden Verhältnissen identifiziert und gemeinsam nach möglichen Alternativen zu diesen Verhältnissen (sowie den gängigen Problematisierungen und Lösungen) gesucht wird. Zu den – auch von Geuss aufgeführten – Werkzeugen, derer sich eine politische Theorie dabei bedienen könnte, gehören historisch-genealogische Untersuchungen ebenso wie politische Einbildungskraft.

Dieser Ansatz hofft nicht nur auf die emanzipativen Effekte der Vergegenwärtigung alternativer Denk- und Handlungsweisen, sondern wäre *demokratisierend* in dem Sinne, dass er prinzipiell keinen Aspekt der gegenwärtigen Verhältnisse (etwa Normen, Institutionen und ihre Legitimierungen) von der Kritik ausnimmt. In *negativistischer* Manier würde ein solcher Ansatz die universalistische Moral nicht als Ganze zurückweisen, sondern sich darauf beschränken, jeweils bestimmte Normen, Institutionen und Begründungen infrage zu stellen, die in bestimmten Kontexten als universalistische und vernünftige vorgestellt, zugleich aber als unterdrückend erfahren werden. Alle Verhältnisse und Normen des Zusammenlebens sollen als solche kenntlich gemacht werden, die von BürgerInnen immer wieder aufs Neue ausgehandelt werden können. Demokratisiert wird aber auch das Verhältnis zwischen BürgerInnen und politischen TheoretikerInnen. Zuletzt Genannte würden ihre Aufgabe nicht mehr darin sehen, BürgerInnen als MoralphilosophInnen darüber aufzuklären, was sie denken und tun sollten, wenn sie nicht unvernünftig oder unmoralisch sein wollen. Auf diese Weise führt eine – von Geuss und Williams geteilte – kritische Haltung gegenüber den traditionellen (Autoritäts-)Ansprüchen der Moralphilosophie zu einer Zurückhaltung, MitbürgerInnen als moralisch ausgezeichnete Ziele vorzugeben.

Es liegt nahe, an dieser Stelle noch einmal eine Frage aufzugreifen, auf die Geuss eine Antwort schuldig geblieben ist: Besäße ein solcher Ansatz überhaupt noch die Voraussetzungen für *Kritik*, da er doch ohne Rekurs auf moralische Grundlagen und (regulative) Ideale wie Gerechtigkeitsprinzipien auskommen will? Man könnte ja argumentieren, Kritik werde erst durch die Bezugnahme auf solche Standards, die nicht selbst wieder infrage gestellt werden dürfen, möglich, da Kritisieren nichts anderes als das Messen von Handlungen et cetera an solchen Standards sei. Auf diesen Einwand findet sich bei Tully (2008: 39–62; 2011: 146–151) eine Replik, die in einer von Wittgenstein inspirierten, nichtfundierenden Kritikauffassung besteht. Dieser zufolge verfügen wir als TeilnehmerInnen an Sprachspielen immer schon über das Vermögen, alle in ihnen geltenden Normen zu überprüfen, ohne dass es hierfür einer Grundlage bedarf, die nicht selbst wieder infrage gestellt werden kann. Bei der Überprüfung einer Norm werden jeweils bestimmte Annahmen, die dann in *diesem* Fall der Kritik als Grundlage dienen, vorausgesetzt. Aber auch diese zunächst ungeprüft bleibenden Annahmen können jederzeit, wenn es dafür einen Anlass gibt, selbst getestet (und gegebenenfalls revidiert beziehungsweise aufgegeben) werden. Dabei treten dann wieder andere Annahmen in den Hintergrund, die diesen Prozess der Überprüfung ermöglichen. Dieser nichtfundierenden Kritikkonzeption zufolge speist sich die Autorität von Normen nicht aus einem ihnen zugeschriebenen (quasi-)transzendentalen Status, sondern daraus, dass sie sich in derartigen Überprüfungen und in Praktiken, die sich an ihnen orientieren, bewähren. Hierbei spielen Vergleiche mit alternativen Praktiken, die sich an anderen Normen ausrichten, eine entscheidende Rolle.

Realistisch wäre eine solche Herangehensweise auch deshalb, weil sie nicht auf eine rein normative, also von den bestehenden Verhältnissen in keiner Weise verzerrte Theorie

(etwa der Gerechtigkeit) zielt, sondern normative Vorstellungen und politische Willensbildungsprozesse immer *auch* als Resultate von Aushandlung unter BürgerInnen betrachtet, die von den jeweils bestehenden Machtbeziehungen beeinflusst sind und immer wieder aufs Neue von diesen BürgerInnen problematisiert werden. *Kontextualistisch* wäre diese Form des Realismus unter anderem, weil er nach den in Kontexten *tatsächlich* bestehenden Freiheits- und Handlungsspielräumen der BürgerInnen fragt und ernsthaft an den tatsächlichen Effekten interessiert ist, die bestimmte transformative Handlungsstrategien in diesen Kontexten hätten – wobei die Erfahrungen, die mit transformativen Strategien gemacht werden, selbst wieder zum Gegenstand praktischer Reflexionen würden.⁹

Falls es gelingen würde, eine solche alternative Herangehensweise auszuarbeiten, müsste sie den Vergleich mit idealtheoretischen Ansätzen nicht unbedingt scheuen, denn einiges spricht dafür, dass sie bessere Voraussetzungen für eine effektive und tiefgreifende Kritik an den bestehenden Verhältnissen liefert als die gegenwärtig dominanten Herangehensweisen.¹⁰

Literatur

- Bell, Duncan, 2009: Introduction: Under an Empty Sky – Realism and Political Theory. In: Ders. (Hg.), *Political Thought and International Relations. Variations on a Realist Theme*, Oxford, 1–25.
- Dancy, Jonathan, 2004: *Ethics Without Principles*, Oxford.
- Dancy, Jonathan, 2009: Moral Particularism. In: *Stanford Encyclopedia of Philosophy*; <http://plato.stanford.edu/entries/moral-particularism>, 09.09.2011.
- Forst, Rainer, 2007: *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt (Main).
- Freyenhagen, Fabian, 2011: Taking Reasonable Pluralism Seriously. An Internal Critique of Political Liberalism. In: *Politics, Philosophy & Economics* 10, 323–342.
- Freyenhagen, Fabian / Schaub, Jörg, 2010: Hat hier jemand gesagt, der Kaiser sei nackt? Eine Verteidigung der Geuss'schen Kritik an Rawls' idealtheoretischem Ansatz. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 58, 457–477.
- Galston, William, 2010: Realism in Political Theory. In: *European Journal of Political Theory* 9, 385–411.
- Geuss, Raymond, 2005: *Outside Ethics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2008: *Philosophy and Real Politics*, Princeton.
- Geuss, Raymond, 2010a: On the Very Idea of a Metaphysics of Right. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, 43–60.
- Geuss, Raymond, 2010b: Moralism and Realpolitik. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, 31–42.
- Geuss, Raymond, 2010c: Preface. In: Ders., *Politics and the Imagination*, Princeton, vii–xiii.

9 Das politische Argumentieren ist daher für Williams (2005a: 13) nicht, wozu manche politische Theorien tendieren, nach dem Modell einer Diskussion über das moralisch Richtige aufzufassen. Denn das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen sagt uns etwas darüber, wer sich auf welche Weise und in welchem Ausmaß durchzusetzen vermochte, aber nichts darüber, wer moralisch richtig oder falsch lag.

10 Mein besonderer Dank gilt Eva Buddeberg, Fabian Freyenhagen, Raymond Geuss, Janosch Prinz und Thomas Schramme sowie den Organisatoren der DVPW-Tagung zu *Gegenstand und Methoden der politischen Theorie* Dirk Jörke und Frank Nullmeier für ihre aufschlussreichen Kommentare zu früheren Fassungen dieses Aufsatzes. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Rahel Jaeggi für die Einladung zu einem Buch-Colloquium mit Raymond Geuss an der Humboldt Universität zu Berlin, an dem ich mich mit einem Vortrag beteiligen durfte.

- Geuss, Raymond, 2010d: Realismus, Wunschdenken, Utopie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 58, 419–429.
- Hurka, Thomas, 2009: Review of Raymond Geuss. Philosophy and Real Politics. In: Notre Dame Philosophical Reviews; <http://ndpr.nd.edu/news/23887-philosophy-and-real-politics/>, 02.01.2010.
- McKeever, Sean / Ridge, Michael, 2008: Preempting Principles. Recent Debates in Moral Particularism. In: Philosophy Compass 3, 1177–1192.
- Menke, Christoph, 2010: Weder Rawls noch Adorno? Raymond Geuss' Programm einer „realistischen“ Philosophie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 58, 445–456.
- Rawls, John, 1975: Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 1998: Politischer Liberalismus, Frankfurt (Main).
- Rawls, John, 2002: Das Recht der Völker, Berlin / New York.
- Rawls, John, 2003: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf, Frankfurt (Main).
- Risse, Mathias, 2010: Review of Raymond Geuss. Politics and the Imagination. In: Notre Dame Philosophical Reviews; <http://ndpr.nd.edu/news/24330-politics-and-the-imagination/>, 28.07.2011.
- Ross, William, D., 2002: The Right and the Good, Oxford.
- Rossi, Enzo, 2010: Reality and Imagination in Political Theory and Practice. On Raymond Geuss's Realism. In: European Journal of Political Theory 9, 504–512.
- Sangiovanni, Andrea, 2009: Normative Political Theory. A Flight from Reality? In: Duncan Bell (Hg.), Political Thought and International Relations. Variations on a Realist Theme, Oxford, 219–239.
- Schaub, Jörg, 2010: Ideale Theorie und/oder nicht-ideale Theorie – oder weder noch? Ein Literaturbericht zum neuesten Methodenstreit in der politischen Philosophie. In: Zeitschrift für philosophische Forschung 64, 393–409.
- Simmons, A. John, 2010: Ideal and Nonideal Theory. In: Philosophy & Public Affairs 38, 5–36.
- Skinner, Quentin, 1989: The State. In: Terence Ball / James Farr / Russell Hanson (Hg.), Political Innovation and Conceptual Change, Cambridge, 90–131.
- Tully, James, 2008: Public Philosophy in a New Key. Democracy and Civic Freedom, Band 1, Cambridge.
- Tully, James, 2011: Dialogue. In: Political Theory 39, 145–160.
- Williams, Bernard, 2005a: Realism and Moralism in Political Theory. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 1–17.
- Williams, Bernard, 2005b: From Freedom to Liberty. The Construction of a Political Value. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 75–95.
- Williams, Bernard, 2005c: Human Rights and Relativism. In: Geoffrey Hawthorn (Hg.), In the Beginning Was the Deed. Realism and Moralism in Political Argument, Princeton, 62–74.